



Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen

www.amnesty-frauen.de – info@amnesty-frauen.de

Koordinationsgruppe Iran

www.amnesty-iran.de – info@amnesty-iran.de

Februar 2025

Die Menschenrechtsslage für Frauen im Iran

Im Iran gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Demonstrationen gegen wirtschaftliche und soziale Missstände und politische Unterdrückung. Die Anlässe der größten von ihnen waren im Juni 2009 die Wahlfälschung bei der Wiederwahl von Staatspräsident Ahmadinejad und im November 2019 die Erhöhung der Benzinpreise. Immer jedoch weiteten sie sich aus zu Protesten gegen das gesamte System der Islamischen Republik. Die große Bewegung im Herbst 2022 unter dem Motto „Frau – Leben – Freiheit“ entzündete sich am Tod einer jungen kurdischen Frau, Jina Mahsa Amini, im Polizeigewahrsam, die wegen Verstoß gegen die Bekleidungs Vorschriften festgenommen worden war. Die Protestbewegung war die erste, bei der Frauenrechte das dominierende Thema waren, und auch die umfassendste, da sie alle sozialen und ethnischen Gruppen der Bevölkerung einschloss.

Systematische Diskriminierung von Frauen

Der Kopftuchzwang ist nur das sichtbarste Zeichen der Unterdrückung von Frauen im Iran. Es gibt unzählige Vorschriften und Gesetze, die sie zementieren. Hier die wichtigsten von ihnen:

- Frauen sind von Schlüsselstellungen im Staat ausgeschlossen – sie können z. B. nicht Richterinnen an höheren Gerichten oder Staatspräsidentin werden.
- Frauen benötigen zur Aufnahme einer Arbeit oder für eine Auslandsreise die Zustimmung ihres Mannes oder Vaters.
- Zur Eheschließung brauchen Frauen die Zustimmung des Vaters oder eines anderen Familienmitglieds.
- Die Bekleidungs Vorschriften sind für Frauen weitaus strenger als für Männer, was die Verhüllung des Körpers betrifft. Sie müssen v.a. ihr Haar und ihre Figur verdecken.
- Eine Zeugenaussage einer Frau vor Gericht zählt halb so viel wie die eines Mannes.
- Die Bestrafung für die Verletzung oder den Tod einer Frau ist wesentlich geringer als die für einen Mann.
- Bei Erbschaften erhalten Frauen in der Regel halb so viele Anteile wie Männer.
- Männer dürfen Mehrfachehen und Ehen auf Zeit schließen, Frauen nicht.
- Das Strafrecht kennt keinen Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe.
- Nach dem Zivilrecht erhält die Frau keinen Unterhalt, wenn sie sich den „Ehepflichten“ entzieht. Das kann Ablehnung von Sex mit dem Ehemann bedeuten, aber auch Aufenthalt außer Haus ohne Erlaubnis des Ehemannes.
- Nach einer Scheidung erhält in der Regel der Mann das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder.
- Mädchen können ab dem Alter von 13 Jahren verheiratet werden. Väter können aber die Erlaubnis erhalten, ihre Töchter schon ab 9 Jahren zu verheiraten.
- Frauen dürfen nicht öffentlich als Solistinnen singen.
- Durch festgesetzte Quoten wird die Zahl von Studentinnen von den Universitäten in bestimmten Fächern beschränkt, die als geeigneter für Männer angesehen werden.
- Beim Sport, am Arbeitsplatz oder an Universitäten sollen Männer und Frauen weitgehend getrennt werden.
- Unverheiratete Paare dürfen in der Öffentlichkeit keine Zärtlichkeiten austauschen.
- Das „Familienschutzgesetz“ soll die Scheidungsraten verringern, indem eine Beratung vorgesehen ist, die auf die Fortführung einer problematischen Ehe zielt.
- Frauen wird die Verkürzung der Arbeitszeit oder das Ausscheiden aus dem Beruf durch finanzielle Anreize nahegelegt, da sie sich auf ihre Mutterrolle konzentrieren sollen.
- Der Zugang zu Verhütungsmitteln wird durch ein Gesetz erschwert. Hintergrund ist, dass die iranische Regierung vorhat, die Geburtenrate im Land massiv zu steigern.

Verschärfte Repression zur Durchsetzung des Verschleierungszwangs

- Im Polizeigewahrsam und in der Haft wurden Teilnehmer*innen an den „Frau-Leben-Freiheit“-Protesten massiv gefoltert. Ein Bericht von Amnesty International vom Dezember 2023 enthüllte erschreckende Details zu sexualisierter Folter an Häftlingen. Die Folternden zielten explizit auf die Forderungen der Protestierenden. Ein Vergewaltiger sagte: „Ihr seid doch süchtig nach dem Penis, also haben wir euch doch eine schöne Zeit bereitet. Ist es nicht das, was ihr mit der Befreiung sucht?“
<https://www.amnesty.de/iran-sicherheitskraefte-vergewaltigung-protestierende-frau-leben-freiheit>
- Mitte April 2024 kündigten die Behörden eine neue landesweite Kampagne unter dem Namen „Noor“ (dt. „Licht“-)Plan“ an. Verweigerung der Verschleierungspflicht wurde mit „organisierten kriminellen Banden“ gleichgesetzt, „die in Verdorbenheit, Prostitution und Pornografie verwickelt sind“. Sicherheitskräfte in ganz Iran haben seitdem ihr gewaltsames Vorgehen zur Durchsetzung der Verschleierungspflicht verschärft. Sicherheitspatrouillen zu Fuß, auf Motorrädern, in Polizeiautos und Mannschaftswagen kontrollieren verstärkt die Bedeckung der Haare und die Bekleidung von Frauen. In den Sozialen Medien sind verstörende Videos aufgetaucht, die zeigen, wie Frauen und Mädchen in der Öffentlichkeit von Sicherheitskräften tätlich angegriffen, festgenommen und inhaftiert werden. Die Art und Weise, wie sie dazu mit Gewalt in Polizeifahrzeuge gezerrt werden, gleicht einer Entführung. Es gab auch Berichte von Frauen, die bei der Festnahme von Sicherheitskräften mit Elektroschockgeräten traktiert wurden. Außerdem kam es zu ungerechtfertigten Strafverfolgungen, Fahrzeugbeschlagnahmungen und der Verhängung von Geldbußen.
- Ein neues Gesetz soll den Kopftuchzwang und die Geschlechtertrennung noch rigoroser durchsetzen. Frauen, die dagegen verstoßen, sollen höhere Strafen erhalten. Das Gesetz mit seinen 74 Paragraphen sieht Prügelstrafen, exorbitante Geldstrafen, harte Gefängnisstrafen, Reiseverbote sowie Einschränkungen bei Bildung und Beschäftigung für Frauen und Mädchen vor, die sich der Verschleierungspflicht widersetzen. Es bestraft auch private Unternehmen, die die Verschleierungspflicht nicht durchsetzen. Geschäftsinhaber*innen, die den Kopftuchzwang nicht durchsetzen, drohen Geldstrafen oder die Schließung ihres Geschäfts. Es gewährt Beamten und Bürgerwehren Straffreiheit, die Frauen und Mädchen gewaltsam angreifen, weil sie sich dieser Pflicht widersetzen. Details siehe hier:
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/12/iran-new-compulsory-veiling-law-intensifies-oppression-of-women-and-girls/>
Dieses Gesetz sollte eigentlich am 13. Dezember 2024 in Kraft treten. Die Regierung teilte kurz danach jedoch mit, es sei „derzeit nicht machbar, das Gesetz umzusetzen“.

Forderungen von Amnesty International

- Amnesty International fordert, dass die iranischen Behörden Frauen und Mädchen nicht länger dafür bestrafen dürfen, dass sie ihre Rechte auf körperliche Autonomie und auf freie Meinungsäußerung, Religions- und Glaubensfreiheit wahrnehmen. Alle Gesetze und Vorschriften zur Zwangsverschleierung müssen unverzüglich aufgehoben werden und alle Sicherheitseinheiten müssen aufgelöst werden, die mit der Durchsetzung der Zwangsverschleierung beauftragt sind.
- Alle Personen, die wegen Verweigerung der Zwangsverschleierung inhaftiert sind, sind bedingungslos freizulassen und es muss dafür gesorgt werden, dass alle, die an der Verletzung der Rechte von Frauen durch die Einführung der Zwangsverschleierung beteiligt sind, zur Rechenschaft gezogen werden.